



Karl-Marx-Statuen an einer Kunstausstellung 2013 an seinem Geburtsort in Trier.

HANNELORE FÖRSTER/GETTY

Die Sozialisten und die Religion

Steigt künftig der Anteil der Konfessionslosen weiter an, kommt auch in der Politik das Klientelsystem ins Rutschen. Die im landeskirchlichen Umfeld tonangebenden links-grünen Kreise würden geschwächt.
 Gastkommentar von Martin Grichting

Das Verhältnis des Sozialismus zur Religion oszilliert seit den Zeiten von Karl Marx zwischen Ablehnung und politischer Instrumentalisierung. Nicht nur «das Opium des Volkes» sei die Religion. Marx ironisierte sie auch als den «Seufzer der bedrängten Kreatur», als «allgemeinen Trost- und Rechtfertigungsgrund der Welt» und «feierliche Ergänzung».

Daneben entstand die scheinbar der Religion gewogenere Strömung des «religiösen Sozialismus». Dieser verwirft Religion nicht pauschal, sondern stellt sie in den Dienst der Schaffung einer besseren Gesellschaft. Ahnen und Gründerväter dieser Spielart sozialistischen Denkens wie Félicité de Lamennais, Karl Barth oder Leonhard Ragaz mögen persönlich am Kerngehalt des christlichen Glaubens festgehalten haben. Ihre Epigonen haben jedoch seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs – vielfach den Eindruck erweckt, Religion sei bloss ein nützliches Instrument, um den Anliegen sozialistischer Politik die höheren Weihen zu erteilen.

Auch in der Gegenwart ist die Zweigleisigkeit sozialistischer Religionspolitik erkennbar. So wird von linken Kreisen in der Schweiz neuerdings gefordert, den Gottesbezug aus der Verfassung zu streichen und den Laizismus darin zu verankern. Man hört im Hintergrund Marx, der in der Einleitung zur «Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie» festgestellt hat: «Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei.»

Dagegen ist bisweilen vorgebracht worden, dass der Mensch das gefährlichste Wesen für den Menschen sei. Die über den Rechtstexten stehende Anrufung Gottes relativiere alle menschliche Gewalt als vorläufig und beuge totalitärem Denken sowie Handeln vor. Realistisch betrachtet, wird man freilich anerkennen müssen, dass ehrwürdige Anrufungen Gottes gegen handfeste Interessen ideologischer oder rassistischer Natur wenig auszurichten vermöchten. Hierzulande hat die altehrwürdige «invocatio dei» nicht verhindert, dass Abtreibung oder Suizidbeihilfe legalisiert wurden. Zweifellos wird beides nicht «im Namen Gottes des Allmächtigen» jährlich tausendfach praktiziert.

Tocqueville konnte zwar noch feststellen, das Gesetz erlaube dem Volk, alles zu tun. Die Religion hindere es jedoch, alles auszudenken, und verbiete ihm, alles zu wagen. Aber auch dieser Philosoph des 19. Jahrhunderts hatte schon leicht resigniert gefragt, was man mit einem Volk tun solle, das als Herr seiner selbst nicht Gott untertan sei. Letztlich sah er, dass der Garant für den Erhalt der Demokratie nicht in hehren religiösen Bekundungen der Verfassung liegt, sondern in den Haltungen des einzelnen Bürgers, zu denen auch die Religion zählt: «Niemals war ich mehr als heute davon überzeugt, dass nur die Freiheit zählt und die Religion, die beide gemeinsam die Menschen über den Sumpf erheben können, in den demokratische Gleichheit sie treibt, sobald ihnen eine dieser beiden Stützen fehlt.»

Mit einer auf Betreiben von Sozialisten laizistisch geläuterten Verfassung könnte man deshalb auch als Religiöser leben. Wäre da nur nicht noch der zweite Strang sozialistischer Religionspolitik.

Religion gilt Sozialisten zwar als Opium. Aber wenn der Staat in ihrem Sinn dieses Opium kontrolliert abgibt und damit Abhängigkeiten schafft, scheint es dennoch wünschenswert.

Gegenläufig zum Hochhalten der eigenen religiösen Unmusikalität sowie derjenigen des Staates verhalten sich Sozialisten nämlich auch heute, wenn es um die politische Instrumentalisierung von Religion geht. Gemeint sind damit nicht nur unheilige Allianzen sowie Überschneidungen zwischen Religiösen und Sozialisten, wie sie kürzlich im Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungsinitiative sichtbar geworden sind. Nachhaltiger stellt sich die Frage beim Religionsrecht. Hier ist wenig vom Marxschen Furor zu spüren, im Gegenteil: Sozialisten treten nach wie vor als Verteidiger staatlicher Privilegierung von Religionsgemeinschaften auf. Ja, sie versuchen, nichtchristliche Religionsgemeinschaften, insbesondere den Islam, an diese finanzielle Privilegierung heranzuführen.

Religion gilt Sozialisten zwar als Opium. Aber wenn der Staat in ihrem Sinn dieses Opium kontrolliert abgibt und damit Abhängigkeiten schafft, scheint es dennoch wünschenswert. Bei der links-grünen Fürsorge für nichtchristliche Religionsgemeinschaften geht es wohl auch darum, zukünftige, tendenziell jüngere Wählerschichten zu erschliessen.

Die eigentliche Triebfeder dürfte jedoch eine andere sein: Wenn der Anteil der Konfessionslosen weiter ansteigt, wird ein politisch nützliches Klientelsystem ins Rutschen geraten. Dadurch würden die in landeskirchlichen Kreisen tonangebenden links-grünen Bundesgenossen empfindlich geschwächt – was es durch die rechtzeitige Verbreiterung der Basis zu verhindern gilt.

Angesichts solcher Zwiespältigkeiten sollten sich Sozialisten, bevor sie Gott in der Verfassung auf die Pelle rücken, die Gretchenfrage zur Religion stellen und die Doppelbödigkeit ihrer Politik überdenken. Es würde ihrer Glaubwürdigkeit dienen, auch derjenigen der Religion.

Martin Grichting war Generalvikar des Bistums Chur und beschäftigt sich publizistisch mit religiösen und philosophischen Fragen.